

Freihandelsabkommen

An die
Delegiertenversammlung der IG Metall
Verwaltungsstelle Heidenheim
Kollege Ralf Willeck -1. Bevollmächtigter-
Bergstraße 8
89518 Heidenheim

Februar 2015

Antrag

an den 23. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2015

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Heidenheim möge zum nächstmöglichen Zeitpunkt, rechtzeitig vor Ablauf der Einreichungsfrist, nachfolgenden Antrag an den 23. Gewerkschaftstag beschließen.

Der 23. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1. Die Industriegewerkschaft Metall verurteilt und lehnt die Freihandelsabkommen TTIP und CETA entschieden ab.
Die Industriegewerkschaft Metall sagt Nein zu den Freihandelsabkommen der Banken und Konzerne.**
- 2. Die Industriegewerkschaft Metall fordert die Bundesregierung auf, alles in ihrer Kraft zu tun, ihren Einfluss auf die Europäische Union geltend zu machen um diese Abkommen zu verhindern.**
- 3. Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall ruft seine Mitglieder in allen Bezirken und Verwaltungsstellen auf, Widerstandsaktionen zu organisieren und Bündnisse mit anderen Organisationen anzustreben.**

Begründung:

Es nützt nichts wie bereits im DGB und der SPD geschehen, Forderungen nach einer inhaltlichen Abänderung zu stellen. Sie besitzen dazu weder die politische Kraft noch den politischen Willen. Die Konzerne des großen Monopolkapitals arbeiten hier über Ländergrenzen hinweg bis zum Abschluss des Freihandelsabkommen zusammen. Danach werden sie sich unter erleichterten Bedingungen als schärfste Konkurrenten wieder finden. Der Standortwettbewerb wird verschärft und Monopolisierungstendenzen werden verstärkt. Es wird zu einer neuen Welle der Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge führen. Künftige Rekommunalisierungen sollen verhindert werden. Kleinere und mittlere Unternehmen werden in den Ruin getrieben, Löhne und Einkommen werden gedrückt, der weitere Abbau von Arbeitsplätzen wird sich beschleunigen und die soziale Spaltung wird sich vertiefen. Demokratische Bürgerrechte, Menschen- und Arbeitsrechte sowie die Sicherung und der Ausbau von Umweltrechten auch in der Nahrungskette spielen keine Rolle mehr.